
Dr. iur. Peter Stieger

Weiterbildung
im Arbeitsverhältnis



STÄMPFLI VERLAG AG BERN · 2009

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XIX
LITERATURVERZEICHNIS.....	XXV
MATERIALIENVERZEICHNIS.....	XXXIX
Erster Teil Einführung und Grundlagen	1
§ 1 Einleitung.....	1
I. Problemstellung.....	2
A. Weiterbildung als gesellschaftliches Phänomen und Herausforderung für die Wirtschaft	2
1. Weiterbildung als gesellschaftliches Phänomen.....	2
2. Weiterbildung als Herausforderung für die Wirtschaft	3
B. Konsequenzen für die Parteien im Arbeitsverhältnis	5
II. Gegenstand der Untersuchung.....	7
§ 2 Grundlagen der Weiterbildung im Arbeitsverhältnis.....	8
I. Begriff der Weiterbildung	8
A. Definition	8
B. Abgrenzungen	10
1. Berufliche und betriebliche Weiterbildung	10
2. Weitere verwandte Begriffe	11
II. Weiterbildungsinhalt	12
III. Weiterbildungsform bzw. -art.....	12
IV. Kostenarten und Kostenträger der Weiterbildung im Arbeitsverhältnis	13
A. Kostenarten	13
B. Kostenträger.....	13

Zweiter Teil Recht und Pflicht zur Weiterbildung	15
§ 1 Überblick über Normen mit Bezug zur Weiterbildung	16
I. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen	16
A. Völkerrechtliche Grundlagen	16
1. Vereinte Nationen.....	17
a. Art. 26 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (AEMR)	17
b. Art. 13 UNO-Pakt I.....	17
c. Übereinkommen und Empfehlungen der UNO- Sonderorganisationen.....	19
2. Europarat	21
a. 1. Zusatzprotokoll zur EMRK.....	21
b. Europäische Sozialcharta (ESC)	22
3. Europäische Union	23
4. Zusammenfassung	24
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	24
1. Weiterbildung in der Verfassung.....	24
2. Grundrechte und Sozialziele.....	25
a. Grundrechte	25
b. Sozialziel gemäss Art. 41 Abs. 1 lit. f BV	26
3. Zusammenfassung.....	27
II. Vorhandene Normen mit Bezug zur Weiterbildung im Arbeitsverhältnis	28
A. Gesetzliche Regelungen	28
1. Regelungen mit direktem Bezug zum Arbeitsverhältnis	28
a. Obligationenrecht.....	28
b. Arbeitsgesetz.....	28
c. Gleichstellungsgesetz.....	29
d. Öffentliches Personalrecht	29
2. Regelungen mit indirektem Bezug zum Arbeitsverhältnis	30
a. Regelungen zur Weiterbildung in bestimmten Berufen bzw. für spezielle Personengruppen	30
b. Sozialversicherungen	31
c. Steuern	32
3. Weiterbildung im Bildungsbereich.....	34
a. Berufsbildung	34
b. Hochschulen	36
B. Gesamtarbeitsverträge und Normalarbeitsverträge	37
III. Gesetzgeberische Entwicklungen.....	38
IV. Ergebnis	40

§ 2	Das Recht auf Weiterbildung im Arbeitsverhältnis	41
I.	Problemstellung.....	41
II.	Mögliche Anspruchsgrundlagen	45
A.	Vorbemerkung	45
B.	Vertrag	45
1.	Vertragsänderung	45
2.	Stillschweigende Abrede durch betriebliche und individuelle Übung	46
a.	Rechtsgrundlage.....	46
b.	Anspruch auf Weiterbildung aus betrieblicher Übung.....	47
c.	Anspruch auf Weiterbildung aus individueller stillschweigender Abrede	49
3.	Normative Vertragsanpassung.....	49
C.	Gesetzliche Ansprüche auf Freistellung von der Arbeitspflicht und auf Lohnfortzahlung.....	50
1.	Anspruch auf Freizeit gemäss Art. 329 Abs. 3 OR	50
2.	Anspruch auf Lohnfortzahlung gemäss Art. 324a OR	51
3.	Unbezahlter (Bildungs-)Urlaub	53
4.	Jugendurlaub (Art. 329e OR)	54
D.	Nebenpflichten	55
1.	Einleitung	55
2.	Vertragliche Nebenpflichten im Allgemeinen.....	55
3.	Nebenpflicht zur Schaffung von Arbeitsvoraussetzungen.....	56
a.	Einleitung.....	56
b.	Vorbereitungs- und Mitwirkungshandlungen	57
c.	Fazit	63
4.	Nebenpflicht zum Schutz der Persönlichkeit (Art. 328 OR)	64
a.	Allgemein	64
b.	Gesundheitsschutz	64
c.	Gleichbehandlungsgebot.....	65
d.	Fürsorgepflicht.....	69
E.	Zusammenfassung.....	69
III.	Allgemeines Recht auf Weiterbildung aus der Fürsorgepflicht gemäss Art. 328 OR	70
A.	Das Recht auf Weiterbildung im Grundsatz.....	70
1.	Die Fürsorgepflicht im Allgemeinen.....	70
2.	Geschützte Güter	71
a.	Geschütztes Gut der Erhaltung der Berufs- bzw. Beschäftigungsfähigkeit.....	71

b. Geschütztes Gut des beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommens	73
c. Menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung	75
d. Weitere geschützte Güter	75
3. Interessenabwägung	76
a. Allgemein	76
b. Interessenabwägung in Bezug auf die Arbeitsvertragsparteien und die betroffenen Schutzgüter	78
4. Handlungs- und Unterlassungspflicht	83
5. Verfassungs- und völkerrechtskonforme Auslegung von Art. 328 OR in Bezug auf das Recht auf Weiterbildung	84
a. Verfassungskonforme Auslegung von Art. 328 OR	85
b. Völkerrechtskonforme Auslegung von Art. 328 OR	86
6. Zwischenergebnis	89
7. Sanktionen bei Verletzung der Fürsorgepflicht im Zusammenhang mit Weiterbildung	89
B. Das Recht auf Weiterbildung bestimmende Faktoren	92
1. Zusammenfassung der den Anspruch bestimmenden Faktoren	92
2. Konkretisierungen einzelner Faktoren	92
a. Art der Weiterbildungsmassnahme	92
b. Bildungsbedarf des Arbeitnehmers	94
C. Art und Umfang des Anspruchs	95
1. Zulassung zu betriebsinterner Weiterbildung (ohne Freistellung)	95
2. Freistellung	95
3. Lohnfortzahlung während Freistellung zur Weiterbildung	97
4. Finanzierung von Weiterbildung	98
D. Zusammenfassung und Lösungsvorschlag de lege ferenda	100
1. Zusammenfassung	100
2. Lösungsvorschlag de lege ferenda	100
§ 3 Pflicht zur Weiterbildung im Arbeitsverhältnis	102
I. Problemstellung	102
II. Allgemeine Pflicht zur Weiterbildung (ohne Anordnung des Arbeitgebers)	103
A. Ausgangslage	103
B. Mögliche Rechtsgrundlagen	104
1. Sorgfaltspflicht	104
a. Allgemein	104
b. Sorgfaltspflicht vor Stellenantritt	106
c. Sorgfaltspflicht nach Stellenantritt	108
2. Treuepflicht	109
a. Grundsatz	109

b. Fachlich reduziert weisungsgebundene Arbeitnehmer	112
c. Fazit	114
III. Vom Arbeitgeber angeordnete Weiterbildung	115
A. Einleitung	115
B. Das allgemeine Weisungsrecht des Arbeitgebers (Art. 321d OR)	115
C. Das Weisungsrecht in Bezug auf Weiterbildung	116
D. Schranken des Weisungsrechts	117
1. Übergeordnete Gestaltungsfaktoren	117
a. Allgemein	117
b. Der Gestaltungsfaktor Arbeitsvertrag im Speziellen	117
2. Weitere Schranken des Weisungsrechts	121
a. Funktionale Bindung des Weisungsrechts	122
b. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers	122
c. Treu und Glauben	123
E. Konkretisierung der Weisungsschranken in Bezug auf die Weiter- bildung	123
1. Weiterbildung innerhalb und ausserhalb des Betriebs.....	124
a. Ausgangslage	124
b. Ausserbetriebliche bzw. ausserdienstliche Weiterbildung	124
c. Weiterbildung und Arbeitsort	125
2. Weiterbildung und Arbeitszeit	126
3. Form und Art der Weiterbildung	128
4. Zeitpunkt und Dauer der Weiterbildung	129
5. Person des Arbeitnehmers	130
a. Allgemein	130
b. Fachlich weisungsfreie Arbeitnehmer	132
6. Arbeitgeber und Branche.....	134
F. Folgen der Weisungsverweigerung.....	135
1. Bei rechtlich zulässiger Anordnung zur Weiterbildung	135
2. Bei rechtlich unzulässigen Anordnungen zur Weiterbildung	137
Dritter Teil Finanzierungspflichten	139
§ 1 Finanzierungspflichten des Arbeitgebers.....	139
I. Finanzierungspflicht ohne Vereinbarung	140
A. Vom Arbeitgeber angeordnete Weiterbildung	140
1. Lohnzahlung	140
2. Übrige Kosten.....	142
B. Vom Arbeitnehmer gewünschte Weiterbildung	143

1. Lohnfortzahlung	143
a. Weiterbildung während der Arbeitszeit (Bildungsurlaub)	143
b. Weiterbildung ausserhalb der Arbeitszeit	145
2. Übrige Kosten	145
C. Weiterbildung aufgrund gesetzlicher Pflicht	145
1. Lohnfortzahlung	145
2. Übrige Kosten	146
II. Finanzierungspflicht mit Vereinbarung	147
A. Allgemein	147
B. Leistungspunkte	147
1. Lohnfortzahlung (bezahlter Urlaub)	147
2. Übrige Kosten	149
a. Allgemein	149
b. Stillschweigende Vereinbarung über Kostentragung	149
§ 2 Rückzahlung von im Zusammenhang mit Weiterbildung	
erbrachten Leistungen	150
I. Rückzahlungsverpflichtung mit ausdrücklicher Vereinbarung	
(Rückzahlungsvereinbarungen/-klauseln)	150
A. Rechtsnatur der Rückzahlungsvereinbarung	151
B. Zulässigkeit von Rückzahlungsvereinbarungen	155
1. Gestaltungsfreiheit der Parteien	155
2. Gesetzliche Inhaltsschranken	156
a. Einarbeitung (Art. 327a OR)	156
b. Kündigungsparität (Art. 335a OR)	156
c. Übermässige Bindung (Art. 27 Abs. 2 ZGB)	160
d. Fürsorgepflicht (Art. 328 OR)	162
e. Verrechnungsbeschränkung und Truckverbot	164
f. Weitere mögliche Anknüpfungspunkte für inhaltliche	
Schranken	165
g. Im Lehrverhältnis	166
h. Zusammenfassung	166
3. Von Lehre und Rechtsprechung entwickelte Inhaltsschranken	168
a. Der Rückerstattung nicht zugängliche Leistungen	168
b. Nutzen der Weiterbildung für den Arbeitnehmer	168
c. Zeitpunkt des Vereinbarungsschlusses	170
d. Form und minimaler Inhalt der Vereinbarung	171
e. Rückzahlung pro rata temporis	171
f. Zeitliche Höchstgrenze der Bindung	171
4. Kritische Würdigung der entwickelten Schranken	173
a. Der Rückzahlung nicht zugängliche Leistungen	173

b. Abgrenzung zur Einarbeitung gemäss Art. 327a OR	174
c. Dauernder Nutzen für den Arbeitnehmer	177
d. Erlangen eines Titels, Diploms o.Ä.	179
e. Keine Anordnung der Weiterbildung durch den Arbeitgeber	180
f. Zeitpunkt des Vertragsschlusses	180
g. Form und minimaler Inhalt der Vereinbarung	181
h. Rückzahlung pro rata temporis	184
i. Zeitliche Grenze der Bindungsdauer	187
j. Zulässige Bindungsdauer im Einzelfall	191
k. Schematisierung der zulässigen Bindung(sdauer)	196
l. Grenze der Höhe des Rückzahlungsbetrages	198
C. Rechtsfolgen unzulässiger Rückzahlungsklauseln	199
1. Nichtigkeit	199
2. Geltungserhaltende Reduktion des Vereinbarungsinhalts	200
a. Umgehung von Art. 335a OR	200
b. Übermässige Bindung im Sinne von Art. 27 Abs. 2 ZGB/ Art. 328 OR	201
c. Art der Reduktion auf das zulässige Mass	202
D. Andere Vereinbarungen mit einem der Rückzahlung vergleichbaren Ziel (Darlehen)	203
II. Rückzahlungsverpflichtung ohne ausdrückliche Vereinbarung	205
A. Grundsatz	205
B. Ausnahmen	205
1. Konkludenter Abschluss einer Rückzahlungsvereinbarung	205
2. Treuwidriges Verhalten des Arbeitnehmers	206
III. Wirkung der Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf die Rückzahlungsverpflichtung	209
A. Auflösung durch Kündigung	209
1. Ordentliche Kündigung	209
a. Lehre und Rechtsprechung des „begründeten Anlasses“	210
b. Lehre der ausschliesslichen Anwendung von Art. 156 OR	211
c. Stellungnahme zu den verschiedenen Meinungen	211
2. Ausserordentliche (fristlose) Kündigung	218
B. Auflösung durch Übereinkunft	219
C. Auflösung durch Tod	222
1. Des Arbeitnehmers	222
2. Tod des Arbeitgebers	223
D. Zulässigkeit der Vereinbarung abweichender Regelung der Rechtsfolgen	223

IV. Wirkungen der nicht (erfolgreich) vollendeten Weiterbildung auf die Rückzahlungsverpflichtung	226
A. Einleitung	226
B. Wirkungen im Einzelnen	226
1. Mit Vereinbarung	226
a. Allgemein	226
b. Abbruch der Weiterbildung und Nichtbestehen der Abschlussprüfung (ohne Auswirkung auf das Arbeitsverhältnis)	228
c. Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Weiterbildungs-ende	230
2. Ohne Vereinbarung	231
V. Konkrete einzelvertragliche Ausgestaltung von Rückzahlungsvereinbarungen (Mustervereinbarung im Anhang)	234
Vierter Teil Zusammenfassung	235
Anhang: Mustervereinbarung	243